



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

47. Sitzung (öffentlich)

7. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008

5

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 14/4600 und 14/5200 (1. Ergänzung)

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorlagen 14/1285, 14/1294, 14/1295, 14/1354 sowie 14/1355

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung berät die von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge. Die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 14/1450 zu entnehmen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 05 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverändert zu.

2 Kein Kreationismus an Nordrhein-Westfalens Schulen 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5022

Die Beratung über den Tagesordnungspunkt wird verschoben.

3 NRW braucht eine Hochschuloffensive gegen den Fachkräftemangel 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5028

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag Drucksache 14/5028 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

4 Modellvorhaben Schulmilch: Fit für die Schule 29

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5016

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Antrag Drucksache 14/5016 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

- 5 Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes NRW 30**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5017
- In Verbindung mit:
- Eine kostenlose Mahlzeit an Schulen und in Betreuungseinrichtungen darf nicht zu Kürzungen des Lebensunterhalts führen**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5018
- Sylvia Löhrmann (GRÜNE) beantragt, eine Anhörung durchzuführen.
- 6 Lernen dürfen wie in Finnland 31**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5222
- Aussprache.
- 7 Interkulturelle Öffnung der Schule voranbringen - Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in die Schulen 40**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2408
- 8 Schulen in freier Trägerschaft stärken - Erhalt und weiteren Ausbau von Ersatzschulen sicherstellen 40**
- Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2721

**9 Landesregierung verspielt Vertrauen bei Lehrerinnen und Lehrern
und riskiert Abwanderung qualifizierter pädagogischer Fachkräfte in
andere Bundesländer! 40**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2868

Die Beratung über die TOP 7 bis 9 wird vertagt.

10 Verschiedenes 41

– Siehe Diskussionsprotokoll.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung merkt **Vorsitzender Wolfgang Große Brömer** an, Frau Sandbrink, die auf der Weiterbildungskonferenz während ihres Redebeitrages zusammengebrochen sei, gehe es wieder gut. Seit Montag sei sie wieder im Dienst. Er habe ihr im Namen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am Vortage einen Blumenstrauß mit den besten Genesungswünschen übersandt.

(Beifall)

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200 (1. Ergänzung)

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorlagen 14/1285, 14/1294, 14/1295, 14/1354 sowie 14/1355

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** berät die von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge. Die Änderungsanträge, die Begründungen sowie die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 14/1450 zu entnehmen. Im Folgenden werden nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 2 der SPD-Fraktion zu **Kapitel 05 020 – Allgemeine Bewilligungen – Titel 531 63 – Veröffentlichungen, Dokumentationen und Veranstaltungen** – merkt **Ute Schäfer (SPD)** an, die Mittel seien zum ersten Mal in der Ergänzungsvorlage aufgetaucht. Die Mittel seien mehr als verdoppelt worden, von 420.000 € auf über 860.000 €. Es sei nicht nachzuvollziehen, worauf die drastische Erhöhung in der Ergänzungsvorlage zurückzuführen sei.

Die **Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer**, legt dar, die Mittel würden für einen Bereich benötigt, der in den letzten Jahren zu kurz gekommen sei. Dadurch würden intensive Elterninformationen erstellt. Zeitschriften wie „S wie Schule“ hätten Eltern lange Zeit die Möglichkeit geboten, sich zu informieren. Das solle wieder aufleben. Dafür werde dieser Betrag eingestellt.

Michael Solf (CDU) führt aus, er habe sich früher immer geärgert, wenn er Mitteilungsschriften der rot-grünen Regierung gelesen habe, in denen es nicht um Informationen, sondern um Werbung gegangen sei. Vor einiger Zeit habe er einen Elternbrief des Landes Rheinland-Pfalz gesehen. Er wäre froh, wenn NRW solche Elternbriefe,

die einen hohen Informationswert hätten, herausgeben würde. Man müsse bedenken, dass es immer mehr Leute gebe, die keine Tageszeitung läsen, die über die grundsätzlichen Dinge in der Schule nicht Bescheid wüssten. Er halte diesen Ansatz für sinnvoll.

Ute Schäfer (SPD) betont, das Amtsblatt sei ganz anders aufgemacht als in der vergangenen Legislaturperiode. Es werde auf Hochglanz vierfarbig gedruckt. Es sei ungewöhnlich, dass während der Aufstellung des Haushaltes eine Verdoppelung einer Summe beschlossen werde. Sie wüsste gerne, wie oft die Eltern informiert werden sollten.

Bezüglich der Elterninformationen habe es schon einmal eine Kleine Anfrage gegeben. Der Ministerpräsident habe alle Eltern angeschrieben. Es habe sich nach ihrer Erinnerung damals um 60.000 € gehandelt. Sie frage, ob man wieder ein Hochglanzblättchen erstellen wolle. Das Verfahren halte sie für äußerst dubios. Die Gelder hätten in einem Erläuterungsband stehen müssen. Sie frage, worin sich die damaligen Informationen des Ministerpräsidenten der Eltern in Höhe von 60.000 € von den jetzt geplanten Informationen unterschieden.

Sigrid Beer (GRÜNE) ist darüber erfreut, dass Herr Solf die Elternbriefe aus Rheinland-Pfalz lese. Vielleicht finde auf diese Art und Weise die Überführung der Hauptschulen bis 2013 auch in der CDU-Fraktion Anhänger. Einen solchen Vorbildcharakter könne sie nur unterstreichen.

Das, was Frau Schäfer ausgeführt habe, sei berechtigt. Ihre Fraktion werde den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen, aber noch aus einem anderen Grund. Sachorientierte Informationen seien prima. Sie halte Veranstaltungen, um Themen wie individuelle Förderung und andere nach vorne zu bringen, für wichtig. Viele Kolleginnen und Kollegen seien offensichtlich bereit, samstags in großer Zahl zu den Veranstaltungen zu kommen. Immer müsse man nach dem Ergebnis einer Veranstaltung fragen. Da gehe es um den Kostenaufwand, die Effektivität und die reale Umsetzung.

Das Ministerium schmücke sich mit Beiträgen, die zum Teil auf der Internetseite stünden. Beim letzten Kongress in Köln sei ein Beitrag von Prof. Fthenakis eingespült worden. Leider seien die Ausführungen nicht dokumentiert worden, um auch die Bilanz der Landesregierung daran messen zu können. Wenn schon Experten wie Andreas Schleicher oder Prof. Fthenakis eingeladen würden, müssten aus deren Beiträgen auch Konsequenzen gezogen werden. Das konkrete Umsetzen vermisse sie. Solche Veranstaltungen brauche man nicht. Solche Veranstaltungen wollten auch Lehrerinnen und Lehrer nicht, weil nichts konkret weiterentwickelt werde.

Zum Bochumer Memorandum: Die Ministerin habe auf Zahlen verwiesen. Sie trage jetzt die Verantwortung. Man komme nur im Schneckentempo voran, an bestimmten Stellen gehe man in eine ganz andere Richtung. Das Geld könne sicher besser angelegt werden als in einer solchen Art von Veranstaltung.

Klaus Kaiser (CDU) hält fest, innerhalb von wenigen Sekunden sei es Frau Beer gelungen, die Schulstrukturdebatte wieder zu eröffnen und in die bewährte Schlachtordnung zurückzuführen.

Die SPD-Fraktion fordere in ihren Anträgen 121 Millionen € mehr. Es wäre wichtig, dafür Deckungsvorschläge zu unterbreiten. Der jetzt in Rede stehende Antrag sowie die anderen Anträge könnten nicht seriös finanziert werden. Es handele sich vielmehr um Schaufensteranträge. Das Thema Veröffentlichungen werde von der Opposition aufgegriffen, weil die rot-grüne Politik vor allem auch daran gescheitert sei, dass die Politik nicht übergekommen sei. Offensichtlich seien die Kommunikationsstrategien nicht richtig gewesen.

Wenn im Nachtrag zum Haushalt Verbesserungen für den Bereich Schule stünden, dann sei es sicher unangemessen, das als unparlamentarisch, am Parlament vorbei abzuwerten. Heute werde über den Haushalt, auch über Nachträge und die Ergänzungsvorlage beraten. Das Verfahren sei nicht zu kritisieren.

Er gratuliere der Ministerin, dass es ihr gelungen sei, weitere Mittel zur Information der Eltern im Haushalt bereitzustellen. Man dürfe nicht vergessen, wie schwierig es sei, im Gesamtkomplex des Haushaltes zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich herauszuholen. Der Anteil des Bildungsbereichs im Haushalt werde weiter nach oben gefahren. Man befinde sich auf einem guten Weg.

Er habe festgestellt, dass viele Informationen, viele Details bei Eltern noch nicht angekommen seien. Dem Informationsbedürfnis solle künftig Folge geleistet werden. Von daher seien diese 440.000 € sehr gut angelegtes Geld. Es werde viele Steuerzahler positiv treffen, weil sie konkret merkten, was der Staat für sie tue. Er begrüße die Aufstockung des Ansatzes ausdrücklich.

Die Deckung der Anträge ihrer Fraktion sei gesichert, betont **Ute Schäfer (SPD)**. Sie bitte, sich mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushalts- und Finanzausschuss abzustimmen. Das, was heute eingebracht werde, sei mit einem Deckungsvorschlag versehen. Es habe also eine solide Basis.

In der Ergänzungsvorlage finde man es zwei Positionen dieses Ministeriums. Einmal gehe es um die Aufstockung der Zuschüsse für das Mittagessen von 10 Millionen auf 13,5 Millionen €. Das sei nachvollziehbar. Diese Summe habe sich aus der Anmeldung der Kommunen ergeben. Bei der Aufstockung des Titels Veröffentlichungen, Dokumentationen und Veranstaltungen habe es keine Begründung gegeben, wofür diese Gelder eingesetzt werden müssten. Es gebe ja nicht umsonst den Entwurf des Haushaltsplans und den Erläuterungsband. Darin könnten die Parlamentarier genau nachlesen, was mit dem Geld passiere. An dieser Stelle sei das definitiv nicht so. Sie halte es für bemerkenswert, dass eine mehr als 50-prozentige Erhöhung in diesem Bereich stattfinde.

In diesem Zusammenhang frage sie die Landesregierung, ob davon auszugehen sei, dass diese Elterninformationen keinerlei Werbung enthalten würden. Beim amtlichen Schulblatt sei es mittlerweile so, dass man die Informationen vor lauter Anzeigen und vielen bunten Bildern kaum noch finde. Man habe Mühe, den amtlichen Text zu fin-

den, der für die Schulen von Bedeutung sei. Das Ganze habe nicht mehr den Charakter eines amtlichen Blattes. Sie frage, ob es in den Elterninformationen Werbung geben werde oder nicht.

Michael Solf (CDU) bezeichnet es als gelungen, dass auf den Veranstaltungen verschiedene Fachleute, auch des Ministeriums, in einer unbürokratischen Sprache ausführlich Stellung nähmen. Die Themen würden einen großen Teil der Lehrerinnen und Lehrer sehr stark interessieren. Das sei besser, als wenn man nur einen trockenen Text mit Verweisen zur Verfügung stelle.

Es treffe zu, dass der reine Teil der Verordnungen etwas dünner geworden sei. Ziel sei ja die Entbürokratisierung. Zu früheren Zeiten sei immer wieder etwas Neues draufgepackt worden.

An Frau Beer gewandt, fährt der Redner fort, damals, als sie noch im fernen Paderborn missioniert habe, was sicherlich schwierig sei in „katholisch Sibirien“, habe es in Düsseldorf bereits viele Tagungen gegeben. Diese Tagungen seien immer von einer handverlesenen Schar von Professorinnen und Professoren geprägt gewesen, die vor dem jeweiligen Minister, der jeweiligen Ministerin einen tiefen Bückling gemacht hätten. Sie hätten sich in ihren Äußerungen strikt genau an den vorgegebenen Leitplanken orientiert.

Er empfinde es als außerordentlich glücklich, dass die Tagungen, die das Ministerium für Schule und Weiterbildung jetzt mache, von einer großen geistigen und gedanklichen Offenheit zeugten. Jetzt beklage Frau Beer, dass nicht jeder Gedanke, der geäußert werde, in die politische Arbeit umgesetzt werde. Da hätten es die Grünen als relativ kleine Partei leichter. Sie könnten so manches vielleicht etwas schneller in die richtige Richtung drehen. In einer größeren Partei müssten sich solche Gedanken erst einmal setzen.

Das, was auf diesen Tagungen – er habe an einigen teilgenommen – an Dingen gesagt werde, was vielleicht ungewöhnlich sei, werde sehr lebhaft und intensiv in den Fachkreisen diskutiert. Da falle ihm der Spruch ein: Fortschritt ist eine Schnecke, Hauptsache aber Fortschritt.

Sigrid Beer (GRÜNE) führt aus, auch im Missionsgebiet Paderborn habe ihre Partei einiges geschafft. Sie denke an die Elterninitiative und die Gründung der ersten Gesamtschule, die heute ein Erfolgsmodell sei. Von Paderborn könne man viel lernen. Sie lade Herrn Solf ein, sich das vor Ort einmal gemeinsam anzuschauen.

Herr Solf spreche vom Missionieren und Fischen. Als Elternvertreterin habe sie früher Veranstaltungen besucht und die Professorinnen und Professoren niemals in Bücklingshaltung erlebt. Sie glaube, dass die Professoren Tillmann, Klemm oder Baumert eine solche Haltung deutlich zurückweisen würden. Sie halte es für unsäglich, den Herrschaften das so zu unterstellen.

Was das Thema Wissen angehe, so stelle sie geradezu eine Sitzblockade bei der CDU fest. Dass sich Gedanken setzen müssten, sei schön. Aber in einer Sitzblockade zu verharren, könne niemand gutheißen.

Aus den Regierungsfractionen kämen keinerlei Anträge zum Haushalt. Dass die CDU-Fraktion keine Anmerkungen zum Verfahren habe, zeige, dass sie von ihrer Regierung alles ergeben hinnehme, dass sie keinerlei parlamentarische Kontrolle – da treffe der Begriff Bückling zu – ausübe. Es sei traurig, dass die CDU dieses parlamentarische Verständnis bei den Haushaltsberatungen, die doch das vornehmste Recht des Parlamentes seien, an den Tag lege. Sie bitte, die intensiven Diskussionen wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass in den Elterninformationen auch kontrovers diskutierte Themen aufgegriffen würden.

Sie würde es begrüßen, wenn sie von den Expertinnen und Experten des Hauses etwas zu den Themen Schulmodelle, Anträge der Kommunen lesen könnte, statt überall nur Überschriften lesen zu müssen, in denen Ankündigungen stünden, hinter denen wenig Konkretes stehe.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betont, wie im vergangenen Jahr würden die Koalitionsfraktionen ihre Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss vorlegen, weil man seriös beantragen und gegenfinanzieren werde.

Zu den SPD-Anträgen: Zahlreiche Forderungen würden gestellt. Gleichzeitig könne man an keiner Stelle erkennen, wie das finanziert werden solle. Es werde gesagt, man sollte mit den Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss sprechen. Davon habe dieser Ausschuss aber gar nichts. Die Anträge, die von ihrer Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt würden, seien finanziell abgesichert. Das sei seriöse Politik. Irgendwelche Dinge vom blauen Himmel herunterzuholen und locker zu formulieren, sei nicht Art ihrer Fraktion. Man trage hier Verantwortung in diesem Land.

Sigrid Beer (GRÜNE) bezeichnet es als einen Witz, die schulfachlichen Anträge nicht im Schulausschuss zu beraten. Ihre Fraktion habe die Anträge vorbereitet, sie lägen vor. Dahinter stehe ein Gesamtfinanzierungskonzept – das treffe auch auf die SPD-Kolleginnen und -Kollegen zu –. Ihre Fraktion werde sich in der Abstimmung zu den Anträgen der SPD-Fraktion enthalten, weil sie andere Schwerpunkte setze.

Die Koalitionsfraktionen lehnten jedmögliche fachliche und finanzpolitische Diskussion hier ab. Das Denken werde an der Stelle abgegeben. Das sei ein Armutszeugnis für die Politikerinnen und Politiker der Regierungsfractionen.

Klaus Kaiser (CDU) führt aus, der entscheidende Unterschied zur früheren rot-grünen Koalition liege darin, dass die Priorität der Landespolitik eindeutig bei der Bildung der Kinder und Jugendlichen liege. Im Bildungsbereich habe man trotz der äußerst schwierigen Haushaltslage Zuwächse.

Die Vorgängerregierung habe eine äußerst schlechte Finanzsituation hinterlassen. Jetzt müssten gleichzeitig zwei Ziele verwirklicht werden, zum einen die Bildung auszuweiten, zum anderen den Haushalt zu sanieren. Von daher habe Frau Pieper-von Heiden Recht, wenn sie sage, dass man sich mit seriösen Anträgen im Haushalts- und Finanzausschuss durchsetze werde, weil dort das Gesamte gesehen werde.

Teilbetrachtungen vorzunehmen, ohne den finanziellen Kontext zu betrachten, habe zu der Finanzkrise geführt. Für einzelne Vorhaben habe es keine seriöse Deckung gegeben, weshalb die Neuverschuldung eklatant nach oben getrieben worden sei. CDU und FDP legten ein solides Handwerk an den Tag. Die Vorhaben seien finanziell seriös. Er nehme mit Freude zur Kenntnis, welche Haushaltszahlen die Ministerin vorlegen könne. Das sei das genaue Gegenteil von dem, was hier über Jahre praktiziert worden sei. Gerade im Bildungsbereich sei jährlich immer wieder gekürzt worden.

Ihre Fraktion bringe hier Anträge zum Haushalt ein, die mit den Haushältern in ihrer Fraktion abgestimmt worden seien, betont **Ute Schäfer (SPD)**. Über die Deckungsvorschläge sei intensiv beraten worden. Vor diesem Hintergrund seien die Anträge fristgemäß in den Fachausschuss eingebracht worden.

Frau Pieper-von Heiden bemängelt, dass keine Deckung eingebracht werde – was allerdings im Haushalts- und Finanzausschuss stattfinde –, dann erkläre sie, dass die Regierungsfractionen keine Anträge einbrächten, weil sie die Deckung erst im Haushalts- und Finanzausschuss bringen könnten. Das widerspreche sich. Ihre Fraktion habe die Arbeit bereits erledigt und könne die Anträge mit Fug und Recht einbringen.

Im Übrigen habe sich Herr Papke bereits vor vier Wochen in einem Zeitungsinterview darüber geäußert, dass er gerne 500 kw-Stellen zurückführen wolle. Sie hätte zumindest erwartet, dass solche Vorhaben heute eingebracht würden. Da könne man gespannt sein, wie sich das noch darstellen werde. Die FDP sei scheinbar nicht in der Lage, solche Forderungen innerhalb von vier Wochen in einen haushaltsadäquaten Antrag zu gießen, der auch im Fachausschuss gestellt werden könne. Das lasse nur den Schluss zu, dass man sich entweder nicht sorgfältig vorbereitet habe oder dass Dissonanzen mit dem Koalitionspartner bestünden.

Herr Kaiser habe auch an der Weiterbildungskonferenz teilgenommen. Er habe sicher mitbekommen, wie die Versprechen seitens der Landesregierung aufgenommen worden seien. Es habe großen Unmut gegeben. Die Segnungen, von denen Herr Kaiser spreche, schienen in einigen Teilen des Landes nicht angekommen zu sein.

Zum Aufwuchs des Haushalts: Im ersten Haushaltsjahr habe es einen Aufwuchs von 280 Millionen € gegeben, im letzten Jahr habe der Aufwuchs 28 Millionen € betragen, in diesem Jahr 40 Millionen €. Auf Nachfrage habe es geheißen, die IZBB-Mittel wären in diesem Jahr nicht mehr im Haushalt eingestellt. Sie frage, ob diese Mittel im letzten Jahr auch nicht mehr eingestellt gewesen seien.

Des Weiteren gebe es Steigerungen von mindestens 1 % Personalkosten. Wenn man die allein auf 10 Milliarden € aufrechne, komme man auf nicht unerhebliche Summen. In der Fläche komme das auch nicht an. Sie wisse nicht, wie viel Schreiben das Ministerium und die Fraktionen zum Thema Unterrichtsausfall und Lehrerversorgung an weiterführenden Schulen bekämen. In ihrer Fraktion häufe sich das. Es entstehe der Eindruck, dass die Situation an den Schulen sehr schwierig sei und dass die weiterführenden Schulen nicht mehr wüssten, wie sie den Grundbedarf abdecken sollten. Teilweise nähmen sie die Stellen, die für individuelle Förderung, Un-

terrichtsversorgung und Vertretungsunterricht deklariert worden seien. Die Ankündigungen in diesem Raum fänden in den Schulen keinen Widerhall. Man könne ja alles schönreden. Wer aber in die Fläche des Landes gehe und sich in den Schulen umhöre, nehme eine andere Realität wahr. Sie bitte die Landesregierung, zu den Elterninformationen und der Werbung Stellung zu nehmen.

Ministerin Barbara Sommer zitiert aus einem Papier des Ministeriums aus dem Jahre 1999. Es werde gesagt, dass Lehrerinnen und Lehrer und Eltern weiter informiert werden müssten. Verschiedene Bundesländer würden angesprochen, insbesondere Bayern und Baden-Württemberg. Danach würden sowohl Lehrerinnen und Lehrer als auch Eltern mit Blick auf Informationen über die aktuelle Schulpolitik deutlich bessergestellt als in Nordrhein-Westfalen. Hier gebe es Nachholbedarf.

Von 1997 bis 1999 sei eine Zeitschrift an Eltern, Lehrerinnen und Lehrer verteilt worden. Das sei eingestellt worden. Etwa zwei Drittel aller befragten Eltern hätten das sehr negativ gefunden. Wenn es einen Nachholbedarf gebe, dann könne man dem auch über den Weg einer Ergänzungsvorlage, was sie nicht anrühlich finde, entsprechen.

Was die äußere Form dieser Elterninformation angehe, so habe man sich noch keine Gedanken darüber gemacht. Man habe es aber in den Haushalt einstellen müssen, um beginnen zu können.

Staatssekretär Günter Winands (MSW) nennt die Zahlen ohne die IZBB-Mittel. Die IZBB-Mittel seien schon im vergangenen Jahr zurückgegangen.

Ohne IZBB-Mittel habe der Aufwuchs des Einzelplans 05 im Jahre 2005 - Nachtragshaushalt - noch 60,3 Millionen € betragen, im Jahre 2006 320,7 Millionen €, im Jahre 2007 – wenn man die IZBB-Mittel herausrechnet –, seien es 125,6 Millionen € gewesen, in diesem Jahr betrage der Aufwuchs 40 Millionen. Da im Jahre 2007 noch 160 Millionen € Bundesmittel enthalten gewesen seien, was im nächsten Jahr nicht mehr der Fall sei, betrage der Aufwuchs 200,9 Millionen €. Mit den IZBB-Mitteln als Durchlaufposten wolle man sich nicht schmücken – im Gegensatz zu früher, als man das auch als Aufwuchs gesehen habe. Wenn man sie rausrechne, betrage die Steigerung seit Regierungsübernahme 707,6 Millionen €. Das könne man dem Haushalt entnehmen.

Nun sei gesagt worden, die Stellen würden doppelt und dreifach verwendet. Nach vorläufiger Auswertung der amtlichen Schuldaten, die zum 15. Oktober erhoben worden seien, könne man sagen, dass der Grundbedarf in allen Schulformen gedeckt sei, und zwar ohne die zusätzlichen Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung. Er finde die Nachricht auch bemerkenswert, dass man bei den vorläufigen amtlichen Schuldaten feststellen könne, dass die Übergangsquote zur Hauptschule gleich geblieben sei. Sie habe sich nicht netto verschlechtert. Es gebe sogar mehr Schülerinnen und Schüler in der Hauptschule, was daran liege, dass man beim Übergang mehr Schüler gehabt habe, nämlich 3,9 % mehr Schüler. Es seien mehr Schüler in der Hauptschule aufgenommen worden als im Jahr zuvor. Die

Übergangsquote sei gleich geblieben. Sie sei im Übrigen in der Gesamtschule gesunken, um das auch einmal zu sagen.

Zu den Kongressen: Frau Beer habe den Kongress Jungenförderung in Köln mit Prof. Fthenakis angesprochen. Der gesamte Kongress sei im Übrigen von der Didacta bezahlt worden. Es habe sich um ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Schulministerium und der Didacta gehandelt. Er finde es nicht anrühlich, gemeinsam mit der Didacta einen solchen Kongress durchzuführen.

Die Kongresse zur Berufsorientierung seien in der Vergangenheit von der Stiftung „Partner für Schulen“ bezahlt worden und würden auch jetzt über die Stiftung „Partner für Schulen“ abgewickelt. Es würden Projekte mit dem Verband der Chemischen Industrie gemacht, wenn es darum gehe, die naturwissenschaftliche Bildung zu verbessern. Für diese Dinge habe man im Haushalt eigentlich keine Luft. Die Ministerin habe die Einschätzung aus dem Jahre 1999 wiedergegeben. Es sei ein Bedauern ausgesprochen worden, dass man es nicht geschafft habe, mehr Mittel für diesen Elternbrief zu bekommen.

Zur Werbung: Im Amtsblatt habe man bewusst darauf geachtet, dass sich die Werbung im hinteren Teil wiederfinde. Man finde keine Vermischung mit Werbung im vorderen Teil, im amtlichen Teil sowieso nicht. Die Werbung, die sich hinten wiederfinde, beziehe sich zum großen Teil auf Anbieter für Klassenfahrten. Meistens handle es sich um schulbezogene Werbung. Diese schulbezogene Werbung finde man auch in anderen Elternbriefen. Dabei sei auch nichts Anrühliches. Frau Schäfer habe in der Vergangenheit zum Beispiel mit dem Landesinstitut und den Gemeindeunfallversicherungsverbänden die Zeitung „Forum Schule“ herausgegeben. Sie sei werbefinanziert. Das sei fortgesetzt worden.

Die Zeitung „Forum Schule“ sei von der früheren Landesregierung nicht eingestellt worden, weil man gewusst habe, dass man das aus dem Bildungsetat nicht bezahlen könne. Das „Forum Schule“ erreiche 60.000 Lehrerinnen und Lehrer und werde von den Gemeindeunfallversicherungsverbänden und über Werbung finanziert und koste den Haushalt nichts, genauso wie das Amtliche Schulblatt den Haushalt keinen Pfennig koste im Gegensatz zu anderen Verkündungsblättern, weil eben ein Teil Werbung hinten enthalten sei, aber schulbezogen.

Man werde sich den Elternbrief anschauen. Werbung sei nicht gleich Werbung. Wenn eine Werbung mit einem solchen Elternbrief vereinbar sei – ähnlich wie beim Forum Schule –, habe er keine Bedenken.

In der Ergänzungsvorlage stehe die Erhöhung um 440.000 €. Das sei auch nicht versteckt worden. Darüber stehe, dass die Minderausgabe des Schulministeriums um 220.000 € erhöht worden sei, weil man nicht genau wisse, was ein solcher Elternbrief koste. Das werde demnächst öffentlich ausgeschrieben. Dann werde man diese Summe in dieser Höhe vielleicht gar nicht benötigen. Die 440.000 € sei eine Höchstsumme, die man eingetragen habe, um auf Nummer sicher zu gehen.

Ralf Witzel (FDP) bestätigt, selbstverständlich sei dieser Ausschuss dafür da, dass hier Änderungsanträge zum Fachkapitel Bildungshaushalt gestellt würden. Wenn die

Anträge von der Fraktion abgesichert seien, gucke man sich diese vor der Bewertung der abschließenden Haushaltsbefassung an. Es sei aber auch kein illegitimes Verfahren, wenn Änderungsanträge, weil die Beratungen in den Fraktionen noch liefen – das sehe auch die Geschäftsordnung für Haushaltsberatungen vor –, zu späteren Terminen im Haushalts- und Finanzausschuss bis hin zur plenaren Verabschiedung gestellt würden.

Der Umstand, dass heute noch keine abgestimmten und gegenfinanzierten Anträge der Koalitionsfraktionen vorlägen, sei kein Zeichen dafür, dass die Bildungspolitiker von CDU und FDP nicht über Veränderungen bei den Haushaltsansätzen im Gespräch seien.

Zu der von Frau Schäfer aufgemachten Rechnung: Man könne dem Haushalt entnehmen, was zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, was gegen Stundenausfall getan werde und was für mehr individuelle Förderung in den Schulen neben den Mitteln für den Ganztag passiere. Zu den Hinterlassenschaften von Rot-Grün gehörten 2.000 kw-Stellen. Dem habe die neue Landesregierung neue Stellen entgegengesetzt. Neben anderen schulorganisatorischen Maßnahmen sei der Unterrichtsausfall an den meisten Schulformen zumindest halbiert worden. Die zusätzlich ausgebrachten Lehrerstellen hätten für eine bessere Schüler-Lehrer-Relation gesorgt.

Der um die Zahl 1 angehobene Relationswert verteile sich auf die Schulen allerdings nicht gleichmäßig. Im Haushalt sei, bezogen auf die Grundstellen, ein Stellenaufwuchs festzustellen. Die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker von CDU und FDP sähen es als ihre ständige Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass sich die Situation weiter verbessere. Man könne aber kein Spielgeld verteilen. Jede Initiative, die von den Fraktionen unterstützt werde, müsse seriös finanziert sein.

Die Vorhaben müssten mit den anderen Ressorts ausdiskutiert werden, die ihre eigenen Wünsche geltend machten. Der Bildungspolitik der Regierungsfaktionen sei es zu verdanken, dass bei der Grundstellenentwicklung des Jahres 2008 ein Plus erkennbar werde.

Zum Ende der Legislaturperiode werde man die Rechnung vorlegen. In der Koalitionsvereinbarung stehe, dass der Stellenaufwuchs zur Optimierung der Unterrichtsversorgung und individuellen Förderung 4.000 betrage; 2.400 Stellenäquivalente für den Ganztag kämen hinzu. Das seien zusammen 6.400 Stellen. Dieses Ziel werde erreicht. Auf die Versprechen der Koalition könne man sich verlassen.

Zu einem seriösen politischen Verfahren gehöre es, dass eine Fraktion, die Anträge einbringe, die Deckungsvorschläge gleichzeitig vorlege, macht **Klaus Kaiser (CDU)** geltend.

In der Konsequenz dürfe man gar keine Haushaltsberatungen mehr machen, erwidert **Ute Schäfer (SPD)**. Wenn hier eine Fraktion Anträge einbringe und sage, dass die Deckungsvorschläge im Haushalts- und Finanzausschuss gemacht würden, dann müsse man das so stehen lassen.

Fest stehe, CDU und FDP hätten keine fachlichen Anträge eingebracht.

Zu einem Vergleich der Stellen im Jahr 2007 und 2008: Im Entwurf des Einzelplans 05 stünden 150.248 Stellen für das Jahr 2008. Wenn sie davon die 2.271 Stellen für den Ganztagsunterricht für Hauptschulen und Grundschulen abziehe, blieben 147.977 Stellen übrig. Im Jahre 2007 habe es insgesamt 149.962 Vollzeitstellen gegeben. Wenn man davon die Ganztagsstellen abziehe, komme man auf die Zahl 147.981. Bereinigt um die Ganztagsstellen gebe es einen Stellenabbau von vier Stellen im Jahre 2008.

Sie sei immer wieder erstaunt über die Zahlenspielerereien. Zum ersten Mal würden in einem Entwurf des Haushalts die Ganztagsstellen zu den Gesamtstellen gezählt. Vorher sei das immer gesondert ausgewiesen worden. Das werde man über die ganze Legislaturperiode hinweg verfolgen. Dann werde man sehen, was unterm Strich dabei herauskomme.

Sigrid Beer (GRÜNE) legt dar, zu den Zahlenspielerereien sei bereits einiges gesagt worden. Das Thema werde in der Schlussberatung des Haushalts sicher noch einmal aufgegriffen. Das habe für sie immer den Anschein einer „Copperfield-Aktion“.

Der Staatssekretär habe eben auf die Kooperation mit der Didacta und der Stiftung „Partner für Schule“ gesprochen. Niemand halte das für anrühlich. An der Stelle werde ein Nebenkriegsschauplatz aufgemacht. Sie habe nur gefragt, was dabei für die Landespolitik herauskomme. Es würden Kapazitäten eingeladen. Das habe aber keinen Ausfluss auf die Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Das nenne sie Vergeudung von Engagement, von Vortrag, von Wissen, das einfach vorbeiziehe. Die Gedankenmauern seien zu hoch.

Was die Kommentierung der Ministerin in Richtung Rheinland-Pfalz angehe, so sei sie darüber entsetzt, wenn die Ministerin sage, jetzt wolle man einmal guten Unterricht in den Hauptschulen machen. Das komme einer eklatanten Beschimpfung der Hauptschulkolleginnen und -kollegen gleich. Das sei auch genauso bei dem Kollegen Rau gescheitert, der den Hauptschulen in Baden-Württemberg eine Fitnesskur habe verordnen wollen. Die Hauptschulkolleginnen und -kollegen hätten Unterrichtsinnovation in das System hineingetragen. Von dem Schulprofil hätten andere Schulformen profitiert. Denen könne man nicht sagen, jetzt werde Unterrichtsentwicklung vorgenommen.

Das gesamte System sei krank. Man komme um die Veränderungen an dieser Stelle nicht herum. Das werde von Experten auf Kongressen bescheinigt, es passiere aber nichts in der Bildungspolitik. Deswegen sei das Geld, was dort eingesetzt werde, vergeudet. Man brauche es an anderer Stelle.

Staatssekretär Günter Winands (MSW) erwidert, er habe das Wort „anrühlich“ in dem Zusammenhang verwendet, in dem es darum gegangen sei, ob Werbung in einem Elternbrief zulässig sei. Man müsse mit anderen Partnern zusammenarbeiten. Der Schulhaushalt habe nicht so viele Mittel. Als man die Regierung übernommen habe, habe man feststellen können, dass für Schülerwettbewerbe nur 15.000 € im Haushalt gestanden hätten. Man müsse alles mit Partnern aufbauen, um auch mehr öffentliche Mittel hinzuzugeben.

Jetzt würden Fehler aus der Vergangenheit aufgearbeitet, die sich auf die Unterrichtsversorgung ausgewirkt hätten. In den Jahren 1985 bis 1995 sei fast niemand in den Schuldienst eingestellt worden. Das habe zu der Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen geführt. Einige, die dem Schulausschuss angehörten, gehörten auch zu denjenigen, die damals nicht in den Schuldienst hineingekommen seien. Viele aus seinem Freundeskreis und aus seiner Familie seien davon betroffen gewesen.

Im Moment habe man hohen Einstellungsbedarf. Man habe Probleme, weil nicht genügend Lehrkräfte für freie Stellen zur Verfügung stünden. Es werde händeringend nach Lehrkräften gesucht.

Was auch große Probleme bereite, sei Folgendes: Ministerin Behler habe damals die Vorgriffsstunden eingeführt. Lehrkräfte hätten sechs Jahre lang eine Stunde mehr gearbeitet. Der Schulhaushalt sei mit einer großen Hypothek hinterlassen worden. Die Aufwendungen für die Rückgabe der Vorgriffsstunden beliefen sich insgesamt auf 16.600 Jahresstellen bis zum Jahre 2014. Im Jahre 2008 müssten in einem Umfang von 1.160 Stellen Vorgriffsstunden zurückgegeben werden. Im Jahre 2009 müssten 3.100 Stellen zurückgegeben werden, was man im Moment über Demografie auffange. Im Jahre 2010 gehe es um rund 3.000 Stellen. Im Durchschnitt der Jahre handele es sich um 2.400 Stellen, im Jahre 2009 in der Spitze um 3.100 Stellen. Man habe also einen Kredit aufgenommen, der jetzt zurückgezahlt werden müsse.

Er sei dankbar, dass die Lehrerverbände mit daran arbeiteten, dass man die Vorgriffsstunden schieben könne. Das seien die wahren Probleme. Es sei auch merkwürdig, dass der neuen Landesregierung vorzuhalten, wenn man die kw-Belastung hinterlassen habe.

Die frühere Landesregierung habe mit dem Finanzminister vereinbart, dass hinsichtlich der Demografiegewinne die Verbesserung der Stundentafel behalten werden dürfe. Der damalige Ministerpräsident habe sich gerühmt, dass er die Demografiegewinne dazu nutze, die Stundentafeln aufzubauen. Das habe man damals zugesichert. Jetzt würden die gesamten Demografiegewinne bis zum Jahre 2010 im System gehalten.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) kommt auf die zusätzlichen Stellen zu sprechen. In den Jahren 2005 bis 2007 seien zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung 4.570 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden. Darüber hinaus seien 2.280 Stellen aus dem Demografiegewinn generiert worden, die den Schulen belassen worden seien, um die Unterrichtssituation, die Schüler-Lehrer-Relation zu verbessern. Das mache nach Adam Riese für Ende 2007 6.850 Lehrerstellen zusätzlich aus. Dabei seien die 2.000 Stellen noch nicht berücksichtigt, die von der früheren Landesregierung kw-gestellt worden seien, von denen immer noch welche im System seien. Sie würden nur sukzessive abgebaut.

Wenn man die 1.000 von den 2.000, die man erhalten habe, hinzurechne, seien es 7.850 zusätzliche Lehrerstellen. Wenn man die kw-Stellen ganz weglasse, seien es immer noch 6.850 Stellen. Das bedeute, mit 450 Stellen sei der Bedarf übererfüllt.

Darauf ruhe man sich nicht aus. Man sei weiter im Gespräch. Nach gut einer Hälfte der Legislatur werde mich Hochdruck daran gearbeitet, die Lehrerstellensituation weiterhin zu verbessern. Sie bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Koalitionsvertrag bereits übererfüllt sei.

Ralf Witzel (FDP) hält fest, im Entwurf des Finanzministers stehe, dass nur auf die reine Grundstellenentwicklung, Unterrichtserteilung und individuelle Förderung abgestellt werden solle. Wenn man dann bei minus vier lande, sei das in dem Kontext zu sehen, den der Staatssekretär gerade vorgetragen habe.

Bei der Kalkulation der Unterrichtsversorgung und der zukünftigen Stellenentwicklung starte man mit der Hypothek, die die alte rot-grüne Landesregierung im Bereich der Vorgriffsstellen aufgenommen habe, in der Größenordnung von 2.500 Stellen jedes Jahr. Die kw-Stellen seien auch hinterlassen worden. Das habe der Finanzminister im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung in Zusammenhang mit Arbeitszeiten gemacht. Diese Hinterlassenschaften habe Rot-Grün zu verantworten. Mit diesem dicken Minus im vierstelligen Bereich fange jede Kalkulation an. Man hätte gerne eine Nulllinie, um mit eigenen Aktivitäten tätig zu werden. Das sei aufgrund der Belastung, der auf die Zukunft bezogenen Wechsel nicht möglich.

Es treffe zu, dass die Bildungspolitiker beider Koalitionsfraktionen mit gleichem Ziel und Engagement daran arbeiteten, dass am Ende keine minus vier stehen bleibe, sondern dass man zu einem dreistelligen Betrag des Grundstellenaufwuchses auch im Rahmen der Haushaltsberatungen komme. Das müsse mit anderen Ressorts abgestimmt und seriös gegenfinanziert sein, weil man kein Spielgeld zu verteilen habe. Das sei bislang noch nicht gelungen. Man befinde sich in dem Prozess. Er hoffe, dass man die Ergebnisse bis Ende des Haushaltsplanverfahrens vortragen könne.

Renate Hendricks (SPD) erklärt, jetzt werde „Zahlenakrobatik“ betrieben. Die Mathematik sei eine klare Wissenschaft. Mit Zahlen und Indikatoren könne man alles klar darstellen, brauche höchstens eine Tabelle.

Sie frage, wie viele Lehrerstellen von Vorgriffseinstellungen betroffen seien. Zudem wüsste sie gerne, wie viele Demografiegewinne im System belassen worden seien, wie viele Neueinstellungen vorgenommen worden sei, wie viele Ersatzeinstellungen enthalten seien. Sie bitte um eine Übersicht, damit man sich auf dem gleichen Informationsstand befinde wie Frau Pieper-von Heiden.

Leitender Ministerialrat Wilhelm Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) merkt an, zur Verwendung der Demografiegewinne seien schriftliche Fragen an die Ministerin gestellt worden. Die Antworten dazu sind mit Schreiben vom 5. Oktober 2007 den Abgeordneten übersandt worden – vgl. Vorlage 14/1355, Antwort auf Frage 19. Der Antwort könne man entnehmen, wie die Demografiegewinne eingesetzt worden seien, um Bedarfe zu bedienen.

Zu dem laufenden Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion zu **Kapitel 05 072 – Landesförderung der Weiterbildung – Titel 633 21 – Zusätzliche Förderung schulabschlussbezogener Lehrgänge** – weist **Ute Schäfer (SPD)** darauf hin, auch in der Weiterbildungskonferenz sei deutlich geworden, dass es viel mehr Interessierte an Schulabschlusskursen gebe. Ihre Fraktion schlage vor, den Ansatz um 1,5 Millionen € zu erhöhen, um dieser Gruppe zu helfen, damit sie Schulabschlüsse nachholen könnten.

Das Anliegen sei sicher unstrittig, meint **Klaus Kaiser (CDU)**. Wenn man sich die Bewilligungen im Bereich ESF-Mittel anschauere, so stelle man fest, dass ein erheblicher Anteil in das Nachholen der Schulabschlüsse gehe. Die Zielsetzung werde zu einem großen Teil über die ESF-Mittel erreicht. Hinzu kämen korrespondierende Programme der Bundesagentur, sodass man die Mittel nicht erhöhen müsse. Es gebe andere effektive Mittel, um diesem Bedürfnis nachzukommen.

Ralf Witzel (FDP) unterstreicht, diese Säule sei ein Angebot-Portfolio der Volkshochschulen. Im Vergleich zu früheren Entwicklungen, die unter Rot-Grün festzustellen gewesen seien, hätten sich die Schüler-Lehrer-Relation und die Stellenzuweisungen an den Schulen, die die spätere Perspektive zum Erwerb von Schulabschlüssen ermöglichten – er denke an Weiterbildungskollegs –, erheblich verbessert. Es sei immer die Frage, was Regel und was Ausnahme sei.

Nun gebe es diese Angebote im Bereich der Weiterbildung. Viele junge Menschen hätten eine Perspektive gefunden, nachdem sie an den Angeboten partizipiert hätten. Die Entwicklung der Kapazitäten an den Weiterbildungskollegs sei erfreulich. Das sei der Regelfall zum Erwerb für Schulabschlüsse.

Carina Gödecke (SPD) betont, die unterschiedlichen Träger und Anbieter für das Nachholen von Schulabschlüssen hätten auch in der Weiterbildungskonferenz deutlich gemacht, dass jeder Anbieter seine Berechtigung habe, weil er eine jeweils andere Zielgruppe erreiche, die das Regelschulsystem ohne Schulabschluss verlasse. Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen und das Regelsystem in einen Topf zu werfen, sei in der Debatte nicht möglich. Herr Witzel habe damit die Argumentationskette, die Herr Kaiser aufgebaut habe, wieder umgeworfen. Da sollte man doch redlicher bleiben.

Nach Auswertung der Weiterbildungskonferenz und angesichts der aktuellen Entwicklungen sehe es ihre Fraktion für zwingend geboten, den Ansatz für die Zielgruppe, die die Volkshochschulen erreiche, zu verstärken.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 7 der SPD-Fraktion **Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam – neuer Titel – Landesprogramm „Zukunftsinvestition Ganztage NRW“** erläutert **Ute Schäfer (SPD)**, nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit der Verdichtung der Unterrichtstafeln und auch aus pädagogischen Notwendigkeiten heraus bezüglich einer Fortführung des offenen Ganztages in der Grundschule beantrage ihre Fraktion, dass das Land den Kommunen investive Mittel zur Verfügung stelle, um den Ganz-

tag in die Fläche hineinzutragen. Das sei der Beginn eines Programmes, das „Zukunftsinvestition Ganzttag NRW“ heiße.

Es müsse dafür gesorgt werden, dass neben den Hauptschulen, die Schwarz-Gelb im Fokus hätten, alle weiterführenden Schulen mit dem Ausbau von Ganzttagsschulen beginnen könnten. Das müsse man in einem Stufenprogramm entwickeln, auch was die Jahrgänge angehe. Nachdem der Bund nicht mehr unterstütze, dürften die Kommunen mit den Problemen, was die Über-Mittagsversorgung und die Betreuung der Kinder und Jugendlichen angehe, nicht alleine gelassen würden.

Klaus Kaiser (CDU) widerspricht der Darstellung in der Antragsbegründung, dass die 80 Millionen, um die die Schulpauschale erhöht werde, auf Kosten der Investitionspauschale, die insbesondere die ländlichen Städte und Gemeinden betreffe, gehen würde. Der Ergänzungsvorlage könne man entnehmen, dass die Investitionspauschale im Gegensatz zu den allgemeinen Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden, die über 10 % steigen würden, zwar nur um 2,3 % steige, dass diese unterschiedlichen Steigerungen aber ausgeglichen würden.

Er halte es für ein intelligentes Instrument, durch die Erhöhung der Schulpauschale zusätzliche Mittel für den Ausbau des Ganztags zu schaffen. Die Pauschale sei ein unbürokratisches Mittel. Sie sei mit besonderen Kautelen verbunden. Das habe die Vorgängerregierung so eingerichtet. Es gebe die Möglichkeit, die Schulpauschale zu kapitalisieren. Damit könnten Darlehen bedient werden. Wenn man das bei einem Kommunalkredit von 5 % hochrechne, dann könne man mit den 80 Millionen €, die landesweit bereitgestellt würden, Kapital in Höhe von 1,2 bis 1,4 Milliarden € bewegen. Damit stehe eine größere Summe zur Verfügung, als man vorher an IZBB-Mitteln gehabt habe.

Von den Kommunen werde das teilweise über Privat Public Partnership oder durch besondere Investitionsprogramme gemacht. Jede Kommune entscheide für sich. Manche gingen über Ansparmodelle, andere über Akkreditierungsprogramme. Insgesamt stehe eine enorme Summe zur Verfügung. Der Vorschlag sei überflüssig.

Die Kapitalisierung sei nur für die Kommunen möglich, die nicht dem Nothaushaltsrecht unterlägen, betont **Vorsitzender Wolfgang Große Brömer**. Da gebe es Unterschiede in der Nutzung dieser Schulpauschale.

Ralf Witzel (FDP) bezeichnet den Antrag als überflüssig, insbesondere angesichts des Volumens in Höhe von 80 Millionen €, das das Land zur Verfügung stelle. Es gebe keine Antragsbürokratie mehr. Die Schulpauschale, verteilt über alle Kommunen, komme rechtssicher an. Sie stehe den Kommunen im Ganztagsbereich im Rahmen der rechtlichen und gesetzlichen Auflagen zur freien Verfügung. Es müssten nicht für jede einzelne Maßnahme Anträge im Rat gestellt werden. Die Erhöhung um 80 Millionen € sei ein Segen für die Kommunen: völlig unbürokratisch, planungssicher und weitgehend flexibel in der Verwendung. Damit werde für die Kommunen im Ganztagsbereich ein erheblicher Schub möglich sein.

Ute Schäfer (SPD) legt dar, die Schulpauschale habe das Land seinerzeit zur Verfügung gestellt, um den hohen Investitionsstau aufzuheben, dem Investitionsbedarf der Schulen des Landes nachzukommen. Man habe von Projektförderung auf Pauschalierung umgestellt, damit man die Aufgabe der Instandsetzung der Schulen auch mit Landesmitteln wahrnehmen könne. Jetzt flössen den Kommunen mehr Mittel zu, weil sich auch die Steuereinnahmen veränderten. Die Investitionspauschale steige, weil es eine andere konjunkturelle Entwicklung gegeben habe.

Die Investitionspauschale werde in eigener Verantwortung der Kommunen verwendet. Jetzt dürften sie an der Stelle nicht mehr frei entscheiden. Ein Teil des Geldes werde der Schulpauschale zugeführt und werde der Investitionspauschale weggenommen. Diese Meinung werde vom Städtetag und dem Städte- und Gemeindebund vertreten. Der Städte- und Gemeindebund habe ein entsprechendes Schreiben verfasst. Das Geld, das man gegen den Sanierungsstau in Schulen einsetze, könne man nicht noch zusätzlich für den Ganzttag verfrühstücken. Man rede hier über zwei verschiedene Paar Schuhe. Der Städtetag habe, namentlich Herr Schramma, den Regierungspräsidenten angeschrieben und darum gebeten, dass ein solches Programm für Nordrhein-Westfalen aufgelegt werde.

Sie halte es für sich, sich einfach über die Bedenken der Städte und Kommunen hinwegzusetzen. Die SPD habe das in ihrem Antrag aufgegriffen. Das Land müsse an dieser Stelle investieren. Der Ministerpräsident habe das ja einmal vorsichtig angekündigt.

Die Äußerungen des Städte- und Gemeindebundes und der kommunalen Spitzenverbände seien nicht unbekannt, entgegnet **Klaus Kaiser (CDU)**. Mit der Ergänzungsvorlage werde darauf auch reagiert. Die Argumentation in Richtung Investitionspauschale sei sachlich falsch. Die prozentualen Erhöhungen im Bereich der Investitionspauschale seien nachvollzogen worden.

Bei dem von Frau Schäfer erwähnten Investitionsrückstau bei kommunalen Schulgebäuden flössen die Mittel weiterhin kontinuierlich ins System, unterstreicht **Ralf Witzel (FDP)**. Diese Mittel seien von den 80 Millionen € nicht tangiert. Die 80 Millionen € bildeten einen zusätzlichen Titel, der auf die laufenden Investitionen, Modernisierung, Ersatz- und Erweiterungsgebäude oben drauf komme.

Die Kommunen bekämen für Zwecke des Gebäudeunterhalts und der Gebäudemodernisierung das, was sie bislang jedes Jahr bekommen hätten. Diesen Betrag hätten die Kommunen auch von Rot-Grün als notwendige Förderung in den letzten Jahren bekommen. Bei Gebäuden, die über Jahrzehnte im Betrieb seien - aufgrund der Schülerdemografie seien keine Gebäude hinzugekommen -, habe sich in den letzten zwei Jahren auch nichts grundlegend geändert. Das Geld fließe. Er empfehle, einen Großteil dieser Mittel für die Bedarfe im Ganztagsbereich vor Ort zu verwenden.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) kommt auf das Schreiben des Städtetages zu sprechen - vgl. Stellungnahme 14/1577. Es werde auf zwei Problembereiche hingewiesen. Zum einen werde moniert, dass die Mittel für den Ausbau der offenen Ganztagschulen, die in Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm des Bundes zur Verfügung gestanden hätten, verschoben worden seien. Man habe sie zum Teil für den Ausbau der Hauptschule als Ganztagschule verwendet.

Zum anderen werde auf das Problem, bezogen auf die Pauschale, hingewiesen. Die Schulpauschale sei zwar erhöht worden. Damit sei aber eine zusätzliche Aufgabe verbunden. Das sei aus Sicht der Kommunen nicht auskömmlich.

Ute Schäfer (SPD) möchte wissen, ob es sich bei den 80 Millionen €, die auf die Schulpauschale oben drauf kämen, um frisches Geld für die Kommunen handele oder ob es sich um Geld handele, das den Kommunen sowieso im Rahmen der Erhöhung des GFG zugeflossen wäre, dass die Landesregierung jetzt zweckgebunden über die Köpfe der Kommune hinweg festschreibe.

Ministerin Barbara Sommer (MSW) entgegnet, der Kuchen könne nur einmal verteilt werden. Der Kuchen sei gleich geblieben. Es sei nur ein besonders großes Stück hinzugekommen, nämlich diese 80 Millionen €.

StS Günter Winands (MSW) verdeutlicht, für HSK-Gemeinden sei die Schulpauschale gut. Im Gegensatz zur Investitionspauschale könne die Schulpauschale von HFK-Gemeinden genutzt werden. Deshalb sei es so wichtig, dass die Schulpauschale um 80 Millionen € erhöht werde.

Jeder Schulpolitiker könne sich nur wünschen, damit die Gelder vor Ort ankämen, dass die Schulpauschale deutlich erhöht werde. Man habe damals bewusst die Schulpauschale eingeführt. Sonst hätte man alles über die Investitionspauschale abwickeln könne. Die Schulpauschale sei im Steuerverbund enthalten. Das sei kein Landesgeld. Die Schulpauschale sei aus guten Gründen eingeführt worden. Man habe sie seit 2002 nicht mehr erhöht, während die allgemeine Investitionspauschale jedes Jahr erhöht worden sei. Im Bereich Schulen sei das zu Lasten der HSK-Gemeinden gegangen.

Im Entwurf des Innenministeriums könne man feststellen, dass die Kommunen im Jahr 2006 466 Millionen € für Investitionen in Schulen ausgegeben hätten. Die Schulpauschale habe 460 Millionen € betragen, genau 6 Millionen € mehr sei aus der allgemeinen Investitionspauschale hinüber gewachsen. Das zeige, dass HSK-Gemeinden dringend darauf angewiesen seien, dass die Schulpauschale erhöht werde. Das sei ein Zeichen, dass auch die HSK-Gemeinden jetzt am Ganztage partizipieren könnten. Man habe nicht mehr das Problem des 10-prozentigen Eigenanteils, der bei den OGS und bei den Ganztagschulen immer wieder Probleme bereite.

Wolfgang Große Brömer (SPD) führt aus, so einfach, wie es der Staatssekretär gerade dargestellt habe, sei das aus kommunaler Sicht nicht. Es sei nur scheinbar so, dass HSK-Gemeinden eine Hilfestellung durch diese Pauschalierung erhielten. Letztendlich werde durch die Gemeindeaufsicht festgeschrieben, welcher Kreditrahmen vorgegeben werde. Da würden auch pauschalierte Zuwendungen nicht helfen, weil Ausgaben nur im Rahmen dieser Kreditaufnahmegrenzen möglich seien. Das sei nicht die einfache oder die tolle Lösung, als die sie verkauft werde. Im Detail sehe das etwas anders aus.

Zu der Frage der 80 Millionen € zusätzlichen Mitteln: Nach wie vor bleibe der prozentuale Anteil der Verbundmasse erhalten. Er sei nicht erhöht worden. Die zusätzlich zur Verfügung stehenden Gelder kämen aus den Steuereinnahmen aller Städte und Gemeinden. Der Kuchen, der zu verteilen sei, sei größer geworden. Aus diesem größer gewordenen Kuchen würden 80 Millionen € herausgenommen und zweckgebunden für die Bildungspauschale zur Verfügung gestellt, was begrüßenswert sei, was aber keine zusätzlichen Gelder bedeute.

Er bringe ein Beispiel: „Oma Schmitz' Rente wird erhöht. Enkel Fritzchen kauft Oma Schmitz 20 € aus ihrem Portmonee und kauft ihr dafür einen Strauß Blumen. Oma Schmitz freut sich ganz toll über die Blumen, nur sie hat sie selbst bezahlt.“ Dieses Prinzip stecke dahinter. - „Sie hat es nicht gewusst“, wirft **Michael Solf (CDU)** ein.

Dieses Beispiel passe allerdings nicht auf diese Situation, betont **Klaus Kaiser (CDU)**. Es sei zu fragen, ob es richtig sei, mit den Pauschalen zu verteilen. CDU und FDP hielten es für richtig, dass die Schulpauschale in der letzten Legislaturperiode eingeführt worden sei. Vorher sei das System ungerecht gewesen, und zwar insofern, als nur bei Antragstellung und nur für Neubauten Landesmittel für Schulen bereitgestellt worden seien. Schulen seien auf der einen Seite vergammelt, auf der anderen Seite seien neue gebaut worden.

Aufgrund der demografischen Entwicklung sei klar gewesen, dass mehr in den Bestand als in Neubauten investiert werden müsse. Von daher sei es richtig, in Richtung Schulpauschale zu gehen. Die Schulbaupauschale sei auch ein unbürokratisches System. Dass damit das GFG befrachtet werde, mache auch Sinn, weil die Landespolitik erwarte, dass die Kommunen ihre Verantwortung für den Unterhalt der Schulen und das Vorhalten guter Schulgebäude wahrnehmen. Diese Idee stehe dahinter. Man komme weg vom goldenen Zügel, wonach das Land bestimme, wie die Kommunen das machten. Die pauschale Lösung sei richtig.

Es sei auch richtig, mit diesem Verfahren den Ausbau des Ganztags zu begleiten. Die weitergeleiteten Bundesmittel seien kein Investitionsanreizprogramm gewesen. Die Pauschale mache kommunale Entscheidungen möglich. Jede Kommune könne entscheiden, wie sie den Ganztag ausbaue und welche Prioritäten gesetzt würden. Es sei richtig, den weiteren Ausbau im Ganztagsbereich über diese Pauschalen vorzunehmen. Es sei vernünftig, diese Position auf 80 Millionen € zu erhöhen. Das Gesamtvolumen des „Kuchens“ für die Kommunen nehme um 856 Millionen € zu, was den Kommunen vollkommen unbekannt gewesen sei, solange Rot-Grün reagiert ha-

be. Vorbefrachtungen im GFG seien bis 2005 reichlich ausgekostet worden. Hier werde pharisäerhaft argumentiert. Ordnungspolitisch sei der Weg jetzt richtig.

Ralf Witzel (FDP) erinnert daran, dass die Abgeordneten der SPD in der Vergangenheit auch im Plenum vorgetragen hätten, dass es ihnen nicht recht sei, dass das Land steuernd in Schul- und Strukturfragen eingreife. Das habe die Frage tangiert, welche Schulform welche Kontingente für den Ausbau bekomme. Es sei gesagt worden, dass die Stabilisierung der Hauptschulen falsch sei, indem auch sie eine Tranche der Mittel zugeführt bekämen.

Bei einer Pauschale könne jede Kommune vollkommen frei entscheiden, ob sie den Grundschulbereich bediene, ob sie Maßnahmen an Realschulen umsetzen wolle, ob an Gymnasien die Gelegenheit zum Mittagsimbiss vorgehalten werden solle - es bestünden Umbaunotwendigkeiten an Gebäuden -. Kommunen könnten landauf, landab frei nach ihrer örtlichen Bedarfslage entscheiden, unabhängig von ihrem Schulsystem, ihrer Schulstruktur, dem Alter der Schüler, den Standorten, wofür und mit welchen Schwerpunkten sie das Geld am besten einsetzen wollten. Das sei wahre Freiheit.

Bernhard Recker (CDU) möchte von der SPD wissen, ob sie der Erhöhung der Schulpauschale zustimme oder nicht. Ansonsten müsste die SPD einen Antrag stellen, damit die Schulpauschale reduziert werde.

Die Frage der Schulpauschale stehe hier nicht zur Debatte, erwidert **Ute Schäfer (SPD)**. Es gehe darum, ob die Kommunen zusätzliches Landesgeld für den Ausbau des Ganztags bekämen. Dass die Schulpauschale sinnvoll sei, darüber brauche man nicht zu diskutieren.

Herr Große Brömer habe deutlich gemacht, wie man mit den Kommunen umgehe. Wenn man die Unterrichtszeit an allen weiterführenden Schulen verdichte, müsse man auch Geld bereitstellen, damit die Schulen einen normalen Ganzttag umsetzen könnten. Es gehe um frisches Landesgeld für die Kommunen.

Herr Kaiser habe bereits deutlich gemacht, dass die Kommunen zusätzliches Geld über die Steuern bekämen, unterstreicht **Bernhard Recker (CDU)**. Davon sei ein Teil für den Bildungsbereich bestimmt. Er verstehe nicht, wie man sich gegen eine solche Erhöhung, gerade aus Bildungssicht sperren könne.

Wolfgang Große Brömer (SPD) geht davon aus, dass die antragstellende Fraktion sicher nichts dagegen habe, die 50 Millionen €, die beantragt seien, der allgemeinen Pauschale zuzuführen und pauschaliert zu verteilen. Das dürfte nicht das große Problem sein.

Klaus Kaiser (CDU) erkundigt sich, ob die SPD mit Blick auf ihren Antrag eine hundertprozentige Refinanzierung haben wolle oder ob ein zehnprozentiger Eigenanteil

der Kommunen erwartet werde. Im letzteren Fall wäre Oberhausen mit dem Haushaltssicherungskonzept außen vor. Oberhausen könne einen zehnprozentigen Anteil nicht aufbringen. Dann hätte man auch nicht die Lösung, die der Staatssekretär angesprochen habe, wonach die Schulpauschale dafür Sorge, dass man keine Sonderbehandlungen für Haushaltssicherungskommunen brauche.

Das habe in den vergangenen Jahren auch funktioniert, entgegnet **Ute Schäfer (SPD)**. Die IZBB-Mittel seien auch so gelaufen, dass man einen Teil vom Land bekomme habe und die restlichen 10 % aus der Schulpauschale habe mit abdecken können. Das könne man so weiterlaufen lassen. Sie sehe da keinen Unterschied. In dem Antrag der SPD-Fraktion gehe es um zusätzliches Geld, das den Kommunen für den Ausbau des Ganztags zur Verfügung gestellt werde.

Den Aufruf des lfd. **Antrags Nr. 9** der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** zu **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - Titelgruppe 63 (Neu) - Zuweisungen und Zuschüsse an die Kommunen zur Freistellung von ALG-II-Beziehenden und für Leistungsbeziehende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bei den Zuzahlungen zu den Lernmitteln** - nimmt **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass es wichtig sei - so verstehe sie auch Herr Laumann -, die Armutsbekämpfung von Kindern ganz oben auf der Tagesordnung anzusiedeln.

Sie erinnere daran, dass die Regierung versucht habe, das gemeinsam mit den Kommunen zu regeln. Es sei nicht einvernehmlich gelungen. Ihre Fraktion schlage vor, dass das Land gegenüber den Kommunen in die Verantwortung gehe, damit die Kommunen den Kindern von ALG-II-Beziehern helfen könnten, damit sie von Zuzahlungen zu den Lernmitteln befreit würden. Sie halte es für gerechtfertigt, dafür Geld seitens des Landes in die Hand zu nehmen.

Bernhard Recker (CDU) bestätigt, allgemein werde anerkannt, dass hier Handlungsbedarf bestehe. Man müsse auch sehen, dass das nicht in erster Linie eine bundespolitische Aufgabe sei, sondern überwiegend den sozialen Bereich tangiere. Es gebe Überlegungen, auch eine Bundesratsinitiative, einen gemeinsamen Weg zu finden. Das wäre die richtige Schiene, nach Lösungen zu suchen.

Der lfd. **Antrag Nr. 10** der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** zu **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - Titel 633 40 129 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“** sowie der lfd. **Antrag Nr. 11** der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** zu **Kapitel 05 300 - Schule gemeinsam - Titelgruppe 59 - Schulmahlzeit - Titel 633 20 - Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände** - sowie der lfd. **Antrag Nr. 12** der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** zu **Kapitel 05 300 - Schule gemeinsam - Titelgruppe 59 - Schulmahlzeit - Titel 883 99 - Zuweisung für Investitionen an Gemeinde und Gemeindeverbände** - werden gemeinsam aufgerufen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) hält fest, es gehe um das Schulesen der Kinder. Sie erinnere daran, dass der Antrag ihrer Fraktion „Gesund essen, bewusst leben lernen - unverzichtbare Kulturtechnik Ernährungs- und Verbraucherbildung“, Drucksache 14/2106 zurzeit beraten werde.

Die Initiative ihrer Fraktion habe dazu geführt, dass es inzwischen einen Fonds gebe, obwohl CDU und FDP ursprünglich nicht vorgehabt hätten, hier zu handeln. Auf Dauer werde dieses System aber nicht tragen. Es sei mit viel Bürokratie behaftet.

Ihre Fraktion schlage vor, den Fonds zur Mitte des Jahres auslaufen zu lassen und stattdessen - siehe Antrag Nr. 11 - ab Schuljahresbeginn des nächsten Jahres grundsätzlich als Land für Kinder, deren Familien Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld bezögen, die Mittel zu tragen. Pro Kind seien 2,50 € vorgesehen.

Es gebe nicht nur 50.000, sondern 300.000 arme Kinder in Nordrhein-Westfalen. Damit die Kommunen das auch tragen könnten, würden - siehe Antrag 12 - entsprechende Investitionsmittel eingestellt. So könnten auch die Gymnasien Essensausgaben vorhalten.

Ihre Fraktion sei von Max Eckholm aus Schweden besucht worden. Er habe gesagt, dass Schweden in diesem Jahr den 50. Geburtstag des kostenlosen Schulesens für alle Kinder gefeiert. Man sollte hier wenigstens mit den armen Kindern beginnen. Damit würde man auch ihr nachträglich zu ihrem 50. Geburtstag ein schönes Geschenk machen.

Der Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ setze genau da an, wo es notwendig sei, stellt **Klaus Kaiser (CDU)** heraus. Es habe sich gezeigt, dass die Kommunen stärker nachfragten. In der Ergänzungsvorlage werde nachfinanziert, sodass bei diesem Ansatz nichts gekürzt werden müsse, sondern die Gelder ausgezahlt würden. Der Bedarf sei vorhanden.

Wenn es Gesetz sei, werde es im Haushalt nachvollzogen. Insofern könne man das heute nicht auf Vorrat beschließen, sondern man müsse abwarten, ob die Gesetzesinitiative Gesetz werde. Dann wäre es über einen Nachtrag zu finanzieren. Das sei erstes Recht des Parlaments.

Ute Schäfer (SPD) begrüßt die Initiative, dass man rasch helfen wolle, kein Kind ohne Mahlzeit in den Schulen zu lassen. Ihre Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, diese Mittel abzusenken, nicht zustimmen. Grundsätzlich unterstützte ihre Fraktion - das sei auf dem Parteitag intensiv diskutiert worden - eine Bund-Länder-Initiative, um kein armes Kind ohne Mittagmahlzeit in den Schulen zu lassen.

Ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung über die Anträge der Stimme enthalten, weil auch die Möglichkeit der Finanzierung noch im Haushalts- und Finanzausschuss geklärt werden müsse. Auch müsse man sehen, wie der nationale Pakt gegen Kinderarmut auf Bundesebene gestaltet werde. Die Sozialdemokraten forderten diese einmaligen Beihilfen, die in diesem Kontext mitgenutzt werden sollten.

Ralf Witzel (FDP) meint, die Zielgruppe in den Anträgen unterscheide sich von der Zielgruppe in dem Gesetzentwurf der Grünen „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes NRW“ - Drucksache 14/5017.

Der Gesetzentwurf umfasse mehrere Tausend Fallzahlen mehr, weil jede Familie mit erfasst werde, die die auch nur aufstockend oder anteilig Wohngeld beziehe. Diese Zielgruppe fehle hier völlig. Er frage, ob der Antrag den Schluss zulasse, dass der Gesetzentwurf der Grünen noch einmal überarbeitet werden solle.

Staatssekretär Günter Winands (MSW) legt dar, im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz und dem Saarland werde nicht spitz abgerechnet. Es werde mit Pauschalen gearbeitet. Das sei auch nicht bürokratisch, sonst hätte es nicht funktioniert.

Die Grünen in Schleswig-Holstein seien der Auffassung, dass man den richtigen Weg gehe. Sie hätten nämlich einen Antrag zum 1. Oktober 2007 eingebracht, in dem ein Sozialfonds gefordert werde. Der Antrag habe die Überschrift „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erwidert, die Grünen in Schleswig-Holstein sähen den Fonds als einen ersten Schritt an. Man habe hier aber weiter vorgearbeitet. Die Grünen in NRW seien auch bundesweit am weitesten fortgeschritten. Diesen Fonds gebe es nur, weil ihre Fraktion diese Initiative ergriffen habe. Es habe nicht im Koalitionsvertrag gestanden. Weil sich Herr Laumann erfreulicherweise in der Debatte aufgrund des Armutsberichts vorgewagt habe, habe der Ministerpräsident entschieden, dass etwas passieren müsse. Sonst hätte er diese Debatte nicht durchgeführt.

Die Ministerin habe die Zahlen der armen Kinder genannt. Für das ganze Jahr habe ihre Fraktion schon 130 Millionen € kalkuliert. Sie seien im Gesetzentwurf ausgewiesen. Da man zum 1.8. beginne, ergäben sich 62 Millionen €.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 05 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses** - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **unverändert zu**.

